

VERSTETIGTER KONFLIKT MIT NEUEN ESKALATIONSSTUFEN

Wachsende Unsicherheit
in der Demokratischen
Republik Kongo (DR Kongo)



Zusammenfassung

Mit dem Fokus auf drei konfliktreiche Regionen beschreibt dieses Dossier die sich verschlechternde Sicherheitslage in den östlichen Provinzen der DR Kongo im Jahr 2020. Neben Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte wie der kongolesischen Armee FARDC sind zahlreiche Milizen für die gewaltvollen Übergriffe und anhaltenden Konflikte verantwortlich. Dabei handelt es sich sowohl um lokale als auch aus den Nachbarländern stammende Milizgruppen. Der andauernde Machtkampf innerhalb der kongolesischen Regierung und überregionale Partikular-

interessen treiben die Konfliktparteien an. Strukturelle Defizite sorgen dafür, dass den ständig neu auflammenden Gewaltherden kaum Einhalt geboten wird. Am Beispiel von fünf regionalen Konflikten werden Konfliktursachen und Akteur:innen punktuell aufgezeigt. Die daraus resultierenden politischen Forderungen umfassen unter anderen die Bekämpfung der Straflosigkeit, das Schaffen von Alternativen wie wirtschaftliche Perspektiven für v.a. junge Menschen, ein umfassendes und nachhaltiges Demobilisierungsprogramm und eine Reform des Sicherheitsapparates.

1. Einleitung

Die rohstoffreichen Ostprovinzen der DR Kongo an der Grenze zu Burundi, Ruanda und Uganda sind von anhaltender Gewalt durch über 130 bewaffnete Gruppen geprägt. Die Lage wird durch die gestiegene Anzahl und Fragmentierung unterschiedlicher Gruppen zusehends unübersichtlicher. Innerhalb der historisch gewachsenen Spannungen zwischen lokalen Gruppen, die sich in Konflikten um Macht, Land und Rohstoffe ausdrücken, zeichnen sich neue Gewaltdynamiken ab. Ein staatliches Regulativ, in der Verantwortung die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, fehlt. Vielmehr sind staatliche

Sicherheitskräfte und politische Vertreter:innen seit Jahrzehnten mitverantwortlich für die anhaltende Unsicherheit und Gewalt. Insbesondere in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu sowie Ituri ist für das Jahr 2020 ein Anstieg der gewaltvollen Übergriffe einhergehend mit Massakern, Vernichtungen ganzer Dörfer und gewaltvollen Vertreibungen zu verzeichnen. Neue Konflikte entstehen auch durch Fluchtbewegungen. Aufgrund des fehlenden staatlichen Schutzes und der mangelnden Sicherheit bilden sich vielerorts Bürgerwehren, die zum Teil gewaltvolle Vergeltungsaktionen verüben. Die seit Jahren anhaltende

politische Krise in der Hauptstadt Kinshasa trägt zu den Konflikten in den fragilen Ostprovinzen bei.

Im Laufe des Jahres 2020 verhinderte die zunehmende Spaltung zwischen dem politischen Lager von Präsident Félix Tshisekedi und dem seines Vorgängers Joseph Kabilä eine seit langem benötigte, kohärente Strategie zur Stabilisierung des Ostkongos. Die Machtkämpfe in der Hauptstadt dominieren das politische Geschehen und den Politiker:innen wird vorgeworfen, sich hauptsächlich mit sich selbst und ihren jeweiligen Widersachern zu beschäftigen sowie bestehende Konflikte in den Ostregionen zu nutzen, um politische Allianzen zu besiegen bzw. gegeneinander auszuspielen.

Ebenfalls alarmierend ist auch der Einfluss der Nachbarländer auf die nicht endende Gewalt. Ruanda und Uganda haben seit Jahrzehnten Verbindungen zu bewaffneten Gruppen und Rebellionen in Ituri und Nord-Kivu und verfolgen wirtschaftliche und politische Interessen. Ruanda, das an Nord-Kivu grenzt, hat sich in dieser Provinz stärker engagiert, während Uganda eine größere Rolle in Ituri gespielt hat.¹ Gerade was die Teilhabe am Rohstoffreichtum der östlichen Provinzen der DR Congo angeht, scheint die Strategie darin zu bestehen, nichtstaatlich kontrollierte Zonen zu schaffen, um die Ausbeutung von Ressourcen und deren Handel zu erleichtern.

Von Januar bis Oktober 2020 dokumentiert das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen (UNJHRO)

6.858 Menschenrechtsverletzungen im ganzen Land. Das bedeutete einen Anstieg von 35% im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2019.² Dieser Anstieg ist insbesondere auf die Zunahme gewaltvoller Übergriffe durch bewaffnete Gruppen in den Provinzen Ituri, Nord-Kivu, Süd-Kivu und Tanganjika zurückzuführen.

Die gewaltsamen Übergriffe sind in der Provinz Ituri im Gebiet um die Städte Irumi und Bunia, in der Provinz Nord-Kivu im Gebiet um die Städte Beni, Masisi und Rutshuru und im Süd-Kivu in den Hoch- und Mittelplateau-Ebenen an der Grenze zu Burundi und Ruanda im Gebiet um die Städte Uvira und Fizi sowie Mwenga zu verorten.³

Die zunehmende Gewalt geht von verschiedenen bewaffneten Gruppen aus, die sich aus unterschiedlichen Gründen organisieren. Bei einigen Gruppen sind die Bündnisse über lange Zeit gewachsen, andere sind neu entstanden. Einige verfolgen ideologische, andere politische oder wirtschaftliche Interessen, andere gründen sich zur Verteidigung oder begehen Racheakte und Vergeltungsaktionen für die ihnen angetanen Verbrechen.

Hinzu kommen bewaffnete Gruppen aus den Nachbarländern Uganda, Ruanda und Burundi, die sich zum Teil mit kongolesischen Milizen verbünden, sich aber auch gegenseitig bekämpfen. Diese Gruppen kooperieren auch mit Teilen der kongolesischen Armee FARDC, die in sich gespalten ist.

2.1. Rolle der kongolesischen Armee FARDC

Viele Berichte stellen fest, dass zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in der DR Congo auch durch staatliche Sicherheitskräfte begangen werden. Der jüngste Bericht des VN-Menschenrechtsbüros dokumentiert, dass für 41% der dokumentierten Menschenrechtsverletzungen die kongolesische Armee oder andere staatliche Akteure verantwortlich sind.⁴

Die FARDC selbst ist keine geeinte Streitkraft, sondern vielmehr ein Flickenteppich. Die FARDC-Truppen bestehen neben den Regierungsstreitkräften aus ehemaligen Mitgliedern verschiedener Milizen. Diese sind entweder desertiert

oder wurden in Folge von Verhandlungen und Demobilisierungskampagnen in die Armee integriert. Gleichzeitig gilt die kongolesische Armee mit ihren ca. 134.000 Soldat:innen⁵ als eine der am schlechtesten ausgerüsteten und bezahlten Armeen weltweit. Immer wieder gibt es daher Deserteure aus den Reihen der FARDC auch aus höheren militärischen Rängen, die Soldaten um sich gruppieren, um eigene Partikularinteressen zu verfolgen. Die mangelhafte innere Struktur, die völlig unzureichende Ausbildung, Ausrüstung und Finanzierung sowie der fehlende politische Wille lassen in ihrer Gesamtheit nicht auf eine schnelle Verbesserung der Lage der Armee schließen.

2.2. Rolle der MONUSCO

Die VN-Friedensmission MONUSCO ist seit mehr als zwanzig Jahren in der DR Congo präsent, hat ein Jahresbudget von einer Milliarde US-Dollar und verfügt über etwa 18.000 Blauhelmsoldat:innen. Ihr Mandat wurde aufgrund der anhaltenden angespannten Sicherheitslage jährlich verlängert und zum Teil erweitert, um gemeinsame Operationen mit der FARDC wie bspw. gegen die Miliz ADF durchzuführen. Die Rolle der MONUSCO ist in der kongolesischen Bevölkerung sehr umstritten. In der Kritik steht vor allem der fehlende Schutz der Bevölkerung, die Ineffektivität der Mission, die hohen Kosten bei wenig Resultaten und Vorwürfe der Komplizenschaft mit Milizen. Die MONUSCO steht seit Beginn ihres Einsatzes zudem vor dem Dilemma, dass sie staatliche Aufgaben nicht ersetzen kann und auch mit dem Kooperationspartner FARDC immer wieder im Konflikt steht.

Seit Oktober 2020 wird erneut über einen schrittweisen Rückzug der Blauhelme diskutiert. Für einen generellen Rückzug der Blauhelme müssen laut dem VN-Generalsekretär Guterres jedoch mehrere Bedingungen erfüllt werden: „Die Bedrohung durch die bewaffneten Gruppen muss von den kongo-

lesischen Sicherheitskräften eingedämmt werden und der politische Prozess, der zu den Wahlen im Jahr 2023 führt, muss auf friedliche Weise fortgesetzt werden.“⁶ In den drei Provinzen Nord- und Südkivu sowie Ituri ist aufgrund der anhaltenden Unsicherheit ein Rückzug derzeit nicht vorgesehen.⁷ Ein punktueller Überblick über die Gewaltdynamiken im Jahr 2020 soll im Folgenden näher aufgezeigt werden.



3. Süd-Kivu (Mittel – und Hochplateau-Ebenen)

Ein dominierender Konflikt im Süd-Kivu besteht zwischen der Banyamulenge-Gemeinschaft, einer Kinyamulenge⁸ – sprachigen Minderheit innerhalb der kongolesischen Gesellschaft, und diversen lokalen Gemeinschaften. Nach dem Völkermord in Ruanda und der Ankunft von Hunderttausenden Geflüchteten aus Ruanda im Jahr 1994 haben sich die Ressentiments gegen die Banyamulenge zusätzlich verstärkt. Diese Vorurteile intensivierten sich während der Kongokriege Anfang der Jahrtausendwende, als die Banyamulenge mit den ruandischen Truppen in der DR Congo gleichgesetzt wurden.

Dieser Konflikt hat seit 2019 auf kommunaler Ebene erneut zugenommen. In den Hoch- und Mittelplateau-Ebenen um die Städte Uvira, Fizi und Mwenga im Süd-Kivu verschärfte sich die Gewaltdynamik zwischen den Babembe-, Bafuliru-, Banyindu-, Bavira- und Banyamulenge-Gemeinschaften. Von rein „ethnisch-motivierter“ Gewalt zu sprechen, wird allerdings der Komplexität der Gewaltursachen nicht gerecht. Die Gruppen sind selbst oftmals intern gespalten und suchen sich auch nach Interessenslagen immer wieder neue Verbündete. Dabei ist die politische Manipulation von Jugendlichen und Gemeindeführer:innen ein verbreitetes Mittel, um Identitätsmuster in Konflikten um Land und natürliche Ressourcen zu benutzen. Der Konflikt um Macht begünstigt zudem sexualisierte Gewalt, die von den Konfliktparteien auch bewusst eingesetzt wird. Zu den in diesem Kontext aktiven bewaffneten Gruppen gehören verschiedene lokale Bürgerwehren, sogenannte Mai Mai, aber auch bewaffnete Gruppen aus Reihen der Banyamulenge-Gemeinschaft, namentlich Ngumino und Twiganeho, sowie bewaffnete Gruppen ruandischen Ursprungs (FDLR, CNRD) und Gruppierungen aus Burundi (FNL, FOREBU, RED-Tabara).

Der Kivu Security Tracker dokumentiert im Jahr 2020 585 gewaltsame Vorfälle mit 1.175 Opfern, von denen 330 Menschen starben.⁹

Die Mai Mai-Bürgerwehren sind vordergründig zu Zwecken der Selbstverteidigung und zum Schutz der territorialen

Integrität entstanden. Ihr kriminelles Handeln, welches von Dorfbesetzungen, Vergewaltigungen, Anwendung sexueller Gewalt und Tötungen bis zur Zerstörung von Eigentum durch Inbrandsetzung, Plünderungen von Getreidespeichern, Vieh und Feldern reicht, hat jedoch weitreichende Konsequenzen und trägt immer wieder neu zur eskalierenden Gewalt bei. Oftmals verfolgen die jeweiligen Befehlshaber zum einen ihre eigene Agenda. Sie werden aber auch von politischen Machthaber:innen instrumentalisiert, was weit über einen interkommunalen Konfliktkontext hinausgeht.

Seit Beginn des Jahres 2020 verübten verschiedene Mai Mai-Gruppen (darunter Yakutumba, Aochi, Ebuela, René, Mulumba, Biloze Bishambuke, die den Gemeinschaften Babembe, Banyindu und Bafuliru angehören) wiederholt systematische Angriffe gegen die Banyamulenge-Bevölkerung, wobei Dörfer niedergebrannt und Viehherden geraubt werden. Ebenso nehmen Konflikte zwischen den Mai Mai-Gruppen selbst zu.

Eine weitere Komponente ist der temporäre Zusammenschluss einiger lokaler Gruppen mit Milizen aus den Nachbarländern. Seit Beginn der politischen Krise im Anrainerstaat Burundi im Jahr 2015 ist eine Zunahme der aus Burundi kommenden bewaffneten Gruppen wie FNL (Forces Nationales de Libération), RED-Tabara und FOREBU (seit 2017 FPB) in den Mittel- und Hochplateau-Ebenen zu beobachten.

FOREBU (Forces Républicaines du Burundi) wurde nach dem gescheiterten Putsch gegen Burundis Präsidenten Pierre Nkurunziza 2015 gegründet und besteht größtenteils aus Überläufern des burundischen Militärs. Im Süd-Kivu rekrutierte die Miliz überdies zahlreiche Burunder:innen, die meistens aufgrund politischer Verfolgung geflohen sind. Im Jahr 2017 hat sich aus FOREBU die neue Bewegung FPB (Forces Populaires du Burundi) gebildet. Eine weitere aktive burundische Miliz ist RED-Tabara (Résistance pour un État de Droit au Burundi).

Ein weiterer lokaler Akteur ist die mit den Banyamulenge assoziierte Miliz Twirwaneho. Die zweite bewaffnete Gruppe, die den Banyamulenge nahe steht, nennt sich Ngumino und setzt sich zum Teil aus desertierten Soldat:innen der kongolesischen Armee FARDC zusammen. Seit Januar 2020 agiert sie unter der Leitung des abtrünnigen Oberst Michel Rukunda. Die Konflikte der diversen Mai Mai-Gruppen untereinander sowie die Zusammenstöße mit Twirwaneho und Gumino-Milizen stellen eine ständige Gefährdung für die Zivilbevölkerung in den Mittel- und Hochplateaus dar.

Anfang August 2020 befreite die FARDC beispielsweise die zwei Orte Mabuo und Bududia, die tagelang von einer Mai Mai-Gruppe besetzt worden waren. Während der Besetzung kam es zu zahlreichen Plündерungen und Zerstörung von Häusern sowie Vergewaltigungen, Folter und Erschießungen von Dorfbewohner:innen.

3.1. Kipupu

In Juli 2020 sorgte das Massaker im Ort Kipupu für mediale Aufmerksamkeit. Verschiedene Quellen berichten, dass Gumino-Milizen den Ort angegriffen haben. Als Auslöser galt ein vorangegangener Angriff auf die Ortschaft Kalingi im Hochland, bei dem hunderte Kühe der Banyamulenge gestohlen wurden.

Laut Berichten ist Kipupu Stützpunkt der Mai Mai-Gruppe Ebuela Mutetezi Trésor. Der Angriff ereignete sich am 16. Juli 2020 und sorgte für eine aufgeheizte Diskussion bezüglich der Todeszahlen und der Verantwortung für dieses Massaker. In den kongolesischen Medien und sozialen Netzwerken wurde – unter anderem durch bekannte und einflussreiche Persönlichkeiten (wie dem

Politiker Martin Fayulu und dem Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege) – von einem Massaker an 220¹⁰ Einwohner*innen durch die Banyamulenge gesprochen. Der Kivu Security Tracker dokumentiert insgesamt 18 Tote¹¹. Laut MONUSCO wurden mehrere Häuser niedergebrannt, acht Personen getötet, sieben Personen starben durch gelegte Häuserbrände, elf Personen wurden verletzt und mindestens 213 Personen gelten als vermisst, zudem wurden mehrere Frauen vergewaltigt.¹² Die gegenseitigen Beschuldigungen und Feindschaften haben in diesem Konflikt eine besorgniserregende Eskalationsstufe erreicht und werden stark politisiert, was in sozialen Medien durch gegenseitige Hassbotschaften befeuert wird.

3.2. Minembwe

Des Weiteren sind auch die gewaltvollen Ereignisse vor allem um die Stadt Minembwe beunruhigend. Die schwelenden interkommunalen Konflikten werden durch den Einfluss von Deserteur:innen aus der kongolesischen Armee auf lokale bewaffnete Gruppen verstärkt. Nach Angaben des Präsidenten der Zivilbevölkerung von Minembwe, William Étabo, sollen 19 Dörfer¹³ in den Gebieten von Uvira, Fizi und Mwenga in der Provinz Süd-Kivu von den verschiedenen lokalen und ausländischen Milizen kontrolliert werden. Zu diesen bewaffneten Gruppen gehören sowohl Mai Mai-Gruppen wie die Biloze Bishambuke als auch Twirwaneho-Milizen sowie bewaffnete Gruppen aus Ruanda und Burundi.

Ende September nahm der Konflikt eine neue politische Dimension an, als versucht wurde, der Gemeinde Minembwe endgültig den Status einer vollwertigen Kom-

mune mit einer Verwaltungsbehörde zu verleihen sowie einen Bürgermeister aus der Banyamulenge-Gemeinschaft zu benennen.

Die offizielle Einsetzung des Bürgermeisters am 28. September 2020 unter Anwesenheit einer hochrangigen Delegation bestehend aus dem Verteidigungs- und Veteranenminister Aimé Ngoy Mukena, dem Minister für Dezentralisierung Azarias Ruberwa, dem Generalstabchef der Armee General Célestin Mbala und dem Gouverneur der Provinz Süd-Kivu sorgte landesweit für Empörung. Viele Stimmen, auch von Seite der katholischen Kirche, sprachen von dem Versuch, das Land zu balkanisieren¹⁴. Der Gouverneur von Süd-Kivu hingegen vertrat die Ansicht, dass die Einsetzung des Bürgermeisters dazu beitragen könne, Frieden in der Region zu schaffen. Präsident Tshisekedi hob das Dekret, mit

dem Minembwe zu einer ländlichen Gemeinde erhoben wurde, am 8. Oktober 2020 auf und kündigte an, einen

Ausschuss einzusetzen, um eine dauerhafte Lösung in diesem anhaltenden Konflikt zu finden.

4. Nord-Kivu

Die Bewohner:innen der Provinz Nord-Kivu haben seit den 1990er-Jahren verstärkt unter den gewalttätigen Auseinandersetzungen zu leiden. Milizen, wie die ursprünglich aus Ruanda stammende FDLR (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda) und die NDC (Nduma Défense du Congo) bzw. NDC-R (Nduma Défense du Congo-Rénové), sind seit vielen Jahren in der Region aktiv. Die FDLR sorgt seit ihrer Gründung nach dem Völkermord in Ruanda im Jahre 1994 als Überbleibsel der genozidären Interahamwe und nun in der zweiten bzw. dritten Generation in der Region agierend, wenn auch personell und truppenmäßig geschwächt, für Gewalt und Vertreibungen.

Die NDC-Miliz hat seit ihrer Gründung im Jahr 2007/08 mit mehreren Tausend Mitgliedern ein ausgefeiltes System von Machtstrukturen im Nord-Kivu aufgebaut. Der NDC-Milizenführer Ntabo Nataberi Sheka wurde am 23. November 2020 für Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 7. Juni 2019 erließ die kongolesische Justiz einen Haftbefehl gegen einen weiteren Milizenfüh-

rer, Guidon Shimiray Mwissa. Seine Verhaftung durch die kongolesischen Sicherheitskräfte bleibt weiterhin aus. Guidon gehört zu dem NDC-R-Flügel der NDC. Die NDC spaltete sich im Juli 2020 in zwei Flügel und kontrollierte bis dahin ein größeres Territorium als jede andere bewaffnete Gruppe im Nord-Kivu. Beide NDC-Gruppen kollaborieren je nach Interessenslage mit anderen Milizen wie der FDLR oder auch gegen diese. So wurden Teile der NDC-R auch zu einem Partner für die in der Region operierenden kongolesischen Armeeeinheiten.

Der Kivu Security Tracker dokumentierte im Nord-Kivu 1.197 gewaltvolle Übergriffe im Jahr 2020, bei denen 2.549 Menschen Opfer von Gewalt durch bewaffnete Akteure wurden. Dies betrifft Formen der Gewalt wie Tötungen, Massenvergewaltigungen, Entführungen und politische Repression. Allein die Zahl der gewaltsamen Tötungen liegt bei 517 Zwischenfällen mit 1.199 Opfern.¹⁵ Im Folgenden werden zwei Regionen aufgezeigt, in denen die Gewalt besonders präsent ist.

4.1. Beni

Das ressourcenreiche Grenzgebiet zwischen der DR Kongo und dem Nachbarland Uganda wird in hohem Maße von Milizen heimgesucht. Besonders in dem Gebiet um die Stadt Beni werden seit dem Jahr 2014 bis heute regelmäßig Massaker an der Zivilbevölkerung verübt. Allein im Jahr 2020 sind laut Angaben der zivilgesellschaftlichen Plattform La Lucha (La Lutte pour le Changement) mehr als 1.200 Menschen ums Leben gekommen¹⁶. Als am häufigsten auftretender Gewaltakteur wird die Miliz ADF (Forces Démocratiques Alliées) genannt. Die ADF ist im Jahr 1995 als Zusammenschluss mehrerer ugandischer Rebellengruppen unter muslimischer Führung entstanden. Sie wird der Massaker an Tausenden von Zivilist:innen als auch der Verursachung erheblicher materieller Schäden in den letzten fünf Jahren beschuldigt. So soll sie für den Tod von mehr als 640 Zivilist:innen

im Jahr 2020 verantwortlich sein, im Vergleich zu 195 Toten im Jahr zuvor. Berichten zufolge sollen auch lokale Milizen Gräueltaten unter dem Namen der ADF verübt haben. Zahlreiche Bemühungen sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Truppen der MONUSCO und der kongolesischen Armee FARDC konnten bislang keine Befriedung der Region erzielen. Im Gegenteil, im Laufe des Jahres 2020 ist ein starkes Wiederaufleben der Angriffe durch mutmaßliche ADF-Milizen in der Region zu verzeichnen. Das liegt u.a. daran, dass die ADF in der Region tief verwurzelt ist. In den letzten Jahren koordinierte sie die Angriffe auch zusammen mit verschiedenen Mai Mai-Milizen und den FDLR-Milizen. Laut Berichten der Congo Research Group soll die ADF auch mit Teilen der kongolesischen Armee kollaborieren. Einzelnen FARDC-

Generälen wird vorgeworfen, Geschäfte im Gold- und Holzhandel mit der ADF zu betreiben.

Präsident Tshisekedi hatte im Oktober 2019 eine groß angelegte Offensive gegen die ADF angekündigt und versprochen, die Region bis zum Ende des Jahres zu befrieden. Trotz der Rückeroberung einiger ADF-Stützpunkte gelang es nicht, die Miliz nachhaltig zu destabilisieren. Die Militäroperation um die Stadt Beni und in der südlichen Ituri-Provinz führte sowohl zu massiven Vertreibungen als auch zu Vergeltungsmaßnahmen der ADF an der lokalen Bevölkerung.

4.2. Rutshuru

Im Oktober 2020 flammten in einem weiteren Teil des Nord-Kivus erneut gewaltvolle Konflikte zwischen der Nande-Gemeinschaft und Hutu-Gruppen um die Stadt Kiwanja und Rutshuru auf. Die Übergriffe auf beiden Seiten sorgen für zahlreiche Vergeltungsakte und Vertreibungen. Ende Oktober 2020 berichtete die MONUSCO von etwa zwanzig Toten um die Ballungsgebiete der Städte Rutshuru und Kiwanja, darunter 14 Nande und 7 Hutu¹⁷. Lokale Quellen prangern die politische Manipulation der Hutu- und Nande-Gemeinschaften an, welche zu andauerndem Misstrauen, Hass und gewaltvollen Übergriffen auf beiden Seiten führt. Zudem sollen FDLR-Milizen mit

Aufgrund der vermehrten militärischen Operationen der FARDC scheint das kongolesische Militär in der Region zunehmend zur Zielscheibe des Konflikts zu werden. Von den acht Zusammenstößen zwischen der FARDC und der ADF, die der Kivu Security Tracker im August 2020 dokumentierte, war die ADF in sieben Fällen der Initiator. Angesichts der Verflechtung der ADF mit anderen lokalen bewaffneten Gruppen und Teilen der FARDC erfordert eine erfolgreiche Schwächung der Miliz ein verstärktes Engagement neben den militärischen Operationen.

5. Ituri

Auch in der dritten östlich gelegenen Provinz Ituri hat sich seit Juni 2019 eine erneute Gewaltdynamik entwickelt. Nichtregierungsorganisationen (NRO) sprechen von über 1.500 Toten und 200.000 Vertriebenen allein in den Gebieten um die Städte Djugu und Mahagi. In der gesamten Provinz waren nach VN-Angaben Ende 2020 1,6 Millionen Menschen auf der Flucht, doppelt so viele wie ein Jahr zuvor. Der Hintergrund für diese Gewalt sind wieder aufflammende Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen wie den Hema-Hirten und anderen Gemeinschaften sowie lokalpolitische Machtkrisen. Des Weiteren wehrt sich die Lendu-Gemeinschaft gegen die Ansiedlung anderer Gemeinschaften in ihren Gebieten. Vor allem Mitglieder der Lendu-Gemeinschaft organisieren sich in CODECO-Gruppen, die ursprünglich als landwirtschaftli-

Hutu-Familien kooperieren und gegen Nande-Gemeinschaften vorgehen. Die Nande sind eine der größten Gemeinschaften im Nord-Kivu. Die Konflikte zwischen den Gemeinschaften der Hutu und der Nande sind historisch gewachsen und konzentrieren sich in erster Linie auf den Zugang zu Land. Zwischen beiden Gruppen gibt es tief sitzendende und seit Generationen herrschende Rivalitäten aufgrund von Nationalitätsfragen und Autonomieansprüchen. Dazugehörige Konflikte über Bodenbesitz haben hier vor allem Hutu-Gemeinschaften immer wieder zum Verlassen ihrer Gebiete gezwungen.

che Kooperationen organisiert waren und inzwischen als Milizen für brutale Überfälle und Massaker in der Region verantwortlich sind. Seit März 2020 sollen Mitglieder der CODECO (Coopérative pour le Développement du Congo) rund 300 Menschen getötet haben. Die Hierarchien der CODECO sind schwierig zu durchblicken und die Hintermänner schwer zu benennen, da sich die Mitglieder ständig neu definieren. Laut eines lokalen Analysten sei es für lokale Persönlichkeiten, die an Einfluss gewinnen möchten, ein gängiges Instrument, eine Miliz für die eigenen politischen Ziele zu gewinnen und zu benutzen. So sei es zudem unter einigen lokalen Autoritäten gängige Praxis, eine bewaffnete Gruppe für eigene Interessen zu manipulieren, um später bei Verhandlungen politische oder anderweitige einflussreiche Posten einzufordern.

Politische Vertreter:innen aus Kinshasa handelten Ende August 2020 mit einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedern verschiedener CODECO-Gruppen einen Waffenstillstand aus. Doch dieser zeigte bislang aufgrund fehlender Umsetzung der Vereinbarungen wie finanzieller und wirtschaftlicher Unterstützung im Zuge eines effektiven Demobilisierungsprogramms keine nennenswerte Wirkung. Nicht nur fehlt es an der Finanzierung von Programmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) für desertierte Milizen. Ein weiteres Hindernis für eine Lösung des Konflikts ist auch die seit zehn Monaten fehlende Besoldung der FARDC-Soldat:innen.

Auch mit der Miliz FRPI (Force de Résistance Patrio^{que d'Ituri)} unterzeichnete die kongolesische Regierung am 28. Februar 2020 einen Friedensvertrag. Das Abkommen beinhaltet die Bildung einer neuen politischen Partei, die aus den Mitgliedern der Miliz bestehen wird und eine Integration der ehemaligen Milizen in die kongo-

lesische Armee. Im Gegenzug bekundeten die ca. 1.000 Mitglieder der FRPI die Bereitschaft, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen zu durchlaufen. Seitdem warten Hunderte Mitglieder der FRPI auf ihre Eingliederung in die FARDC. Auch aufgrund der Unzufriedenheit mit den stagnierenden DDR-Programmen kommt es wie im November 2020 immer wieder zu Übergriffen der FRPI vor allem auf militärische Stützpunkte.

Weiterhin sind neben den genannten Milizen besonders in der Bergbauregion um die Stadt Djugu auch andere bewaffnete Gruppen aktiv. Am 12. September 2020 äußerte VN-Generalsekretär Antonio Guterres seine Besorgnis über die anhaltende Gewalt in dem Gebiet um Irumu, an der Grenze zwischen Ituri und Nord-Kivu¹⁸. Dorthin sollen aufgrund der gegen sie gerichteten Militäroperationen Teile der ADF-Miliz aus der Provinz Nord-Kivu abgewandert sein.

6. Zunehmende Fälle von Entführungen

Entführungen sind in der DR Kongo kein neues, aber ein immer alltäglicher werdendes Problem insbesondere in den beiden Kivu-Provinzen. Seit mehr als fünf Jahren werden in der Region um Rutshuru aber auch in der Provinzhauptstadt Goma und anderen Orten im Nord-Kivu Menschen entführt. Kidnapping ist zu einem Geschäft geworden, bei dem organisierte Banden Zivilist:innen als Geiseln nehmen, um hohe Lösegelder von ihren Verwandten zu fordern. Laut Human Rights Watch (HRW) haben kriminelle Banden zwischen April 2017 und März 2020 in der Nähe des Virunga-Nationalparks in der DR Kongo mindestens 170 Menschen zur Erpressung von Lösegeld gekidnappt, gefoltert, ermordet und dabei Frauen und Mädchen vergewaltigt¹⁹. Auch um den Kahusi Biega-Na-

tionalpark im Süd-Kivu wurden im Jahr 2020 vermehrt Entführungen verzeichnet. Die Zunahme von Entführungen im Jahr 2020 ist mutmaßlich auch eine indirekte Folge der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19. Eine wichtige Einnahmequelle von Milizen ist die Erhebung von Wegzöllen an Straßensperren. Die deutlich reduzierte Mobilität verringerte diese Einnahmen, weshalb sich Milizen verstärkt auf Entführungen und Lösegelderpressungen konzentrierten. Aufgrund der Grenzschließungen fielen einige Routen weg, sodass Zivilist:innen gezwungen waren, alternative Routen zu benutzen, auf denen Überfälle und Entführungen eher vorkommen. Auch war die MONUSCO aufgrund der Maßnahmen weniger mobil.²⁰

7. Forderungen

Anhand der punktuell aufgeführten Konfliktherde des Jahres 2020 wird deutlich, dass sich die Gewaltspirale besonders im Osten des Landes weiterdreht und sich Konflikte immer wieder neu entfachen. Daher fordern lokale kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber der kongolesischen Regierung, dass:

- › die derzeitige Rekrutierung, Ausbildung (besonders unter den Gesichtspunkten Menschenrechtskriterien und Sensibilisierung gegenüber sexualisierter Gewalt), Besoldung sowie die Reorganisation der staatlichen Armee entscheidend verbessert, dauerhaft begleitet und gleichzeitig die Korruption innerhalb der Sicherheitsapparates ernsthaft bekämpft wird;
- › Strafverfahren gegen Angehörige des Militärs sowie gegen Milizionäre eingeleitet werden, die für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und sexualisierte Gewalt von 1997 bis heute verantwortlich sind. Des Weiteren wird ein Entschädigungsprogramm für die Betroffenen verlangt;
- › zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen nachhaltige Programme zur Sensibilisierung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von ehemaligen Milizen-Mitgliedern in die Zivilgesellschaft durchführt werden und langfristige Programme zur Bekämpfung der Armut erarbeitet werden. Dies erfordert auch die Unterstützung von bi- oder multilateralen Partnern für die technische und finanzielle Unterstützung;
- › politische Manipulationen der Konflikte und Konflikttreiber:innen in den östlichen Provinzen durch kongolesische Politiker:innen und einflussreiche Persönlichkeiten für die Umsetzung von Partikularinteressen und Machtansprüchen beendet werden und ein ernsthaftes politisches Engagement zum Eindämmen der Gewalt gezeigt wird. Das bedeutet auch das Angehen der Ursachen für die Gewalt, wie der ungleiche Zugang zu Land und die fehlenden wirtschaftlichen Möglichkeiten für junge Menschen, sowie eine gerechte Rohstoffpolitik;
- › lokale Verwaltungen und die Sicherheitsdienste stärker zur Rechenschaft gezogen, Netzwerke von Schmuggel und organisierter Kriminalität zerschlagen und die regionalen Rekrutierungs- und Unterstützungsnetzwerke wie bspw. der ADF-Miliz gehandelt werden;
- › ein weitreichendes Mentoren- und Unterstützungsprogramm für unternehmerische Initiativen aufgebaut wird, welches sich sowohl an demobilisierte Jugendliche als auch an arbeitslose Jugendliche richtet, um berufliche Perspektiven und Lebensgrundlagen zu schaffen;
- › die regelmäßige Bezahlung des Militärs und der Polizei gewährleistet wird, um die Sicherheitskräfte weniger anfällig für Korruption und ausbeuterische Praktiken an der Zivilbevölkerung zu machen;
- › illegale Straßenbarrieren und illegale Steuer- und Zoll-eintreibungen konsequent beseitigt werden;
- › dem internationalen Waffenhandelsabkommen (VN-Arms Trade Treaty) beigetreten wird, um die große Menge an (Klein)Waffen und Munition einzudämmen, welche im Land kursieren und Konflikte, Armut und Menschenrechtsverletzungen begünstigen. Zudem sollte die kongolesische Regierung konsequent gegen die illegale Weiterverbreitung und Nutzung von Kleinwaffen und Munition durch Armeeangehörige und Milizen vorgehen.

gegenüber der internationalen Gemeinschaft wie VN, EU und AU, dass:

- › internationale Organisationen verstärkt die staatlichen Programme in den Bereichen Justiz, Armee und Sicherheit vor allem auf Menschenrechtskriterien hin überprüfen und begleiten sowie dringend benötigte Reformen in diesen Institutionen vorantreiben. Der Kampf gegen Straffreiheit und Korruption ist dabei die wichtigste Säule;
- › Entschädigungsprogramme, die über die formelle Justiz hinausgehen, initiiert werden und Transitional

Justice-Mechanismen auf der Grundlage der Gemeinschaftsjustiz eingerichtet werden;

- › die MONUSCO sich wirksamer für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzt;
- › die internationale Gemeinschaft deutlich politischen Druck auf die Regierungen der Nachbarländer ausübt und mit Konsequenzen droht, um die Instrumentalisierung von bewaffneten Gruppen zu unterbinden, um damit den illegalen Handel der natürlichen Ressourcen aus den Konfliktgebieten der DR Kongo einzudämmen.

gegenüber der kongolesischen Armee FARDC, dass:

- › der Schutz der Bevölkerung vor Tötungen, Entführungen, Zerstörung von Häusern und Plünderung durch Teile der FARDC gewährleistet wird;
- › die Sicherheit vor und die Verfolgung von einheimischen und ausländischen bewaffneten Gruppen garantiert wird;
- › Korruption und politische Manipulation innerhalb der FARDC geahndet werden;
- › die konsequente Strafverfolgung und Verurteilung von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen durch Soldaten der kongolesischen Armee durchgeführt wird.

Fußnoten

- 1 <https://www.crisisgroup.org/africa/central-africa/democratic-republic-congo/292-republique-democratique-du-congo-en-finir-avec-la-violence-cyclique-en-ituri>
 - 2 <https://afrique.lalibre.be/56504/rdc-pres-de-7-000-violations-des-droits-humains-de-janvier-a-octobre/>
 - 3 <https://www.aljazeera.com/news/2020/6/30/drc-violence-displaced-more-than-one-million-in-six-months-un>
 - 4 https://www.rtb.be/info/monde/detail_rdc-pres-de-7000-violations-des-droits-humains-de-janvier-a-octobre?id=10650214
 - 5 https://www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.asp?country_id=democratic-republic-of-the-congo
 - 6 <https://afrique.lalibre.be/55306/le-chef-de-lonu-propose-un-retrait-graduel-et-sous-conditions-de-la-force-monusco-en-rdc/>
 - 7 <https://www.dw.com/de/monusco-chefin-zerrougui-es-gilt-das-recht-des-st%C3%A4rkeren/a-55708387>
 - 8 Kinyamulenge ist dem Kinyarwanda sehr ähnlich. Kinyarwanda ist die offizielle Landessprache in Ruanda und wird in weiteren zwei Ländern als Muttersprache von einem Teil der Bevölkerung gesprochen.
 - 9 <https://kivusecurity.org/graph>
 - 10 <https://www.congoforum.be/fr/2020/07/sud-kivu-martin-fayulu-exige-une-enquête-internationale-pour-elucider-le-massacre-de-220-personnes-a-epulu-congoforum/>
- 11 <https://twitter.com/KivuSecurity/status/1285284642569031684>
 - 12 https://monusco.unmissions.org/sites/default/files/20200806.unjhro.analyse_hauts_plateaux_en.pdf
 - 13 Es handelt sich um die Dörfer Kamombo, Bijabu, Kamuriza, Kakagara, Kivumu, Mishashu, Kabingo, Mini, Irumba, Runundu, Kenge, Kalonge und Chakira im Gebiet Fizi. Im Mwenga-Gebiet gibt er an, dass die Milizen die Dörfer Kalingi, Kitavi, Ilundu, Kawera und Lugabano besetzen.
 - 14 Seit der Unabhängigkeit der DR Kongo im Jahr 1960 gibt es von verschiedener kongolesischer Seite, die immer wieder ausgesprochene Befürchtung, dass v.a. Nachbarländer gezielt Teile des Landes annexieren wollen.
 - 15 <https://kivusecurity.org/graph>
 - 16 <https://www.rfi.fr/fr/afrique/20210113-rdc-les-violences-dans-la-%C3%A9gion-de-beni-ont-fait-1200-morts-en-un-an-selon-la-lucha>
 - 17 <https://www.radiookapi.net/2020/11/01/actualite/securite/rdc-le-conflit-entre-hutu-et-nande-rutshuru-fait-environ-20-morts-en>
 - 18 <https://reliefweb.int/report/democratic-republic-congo/concerned-deadly-violence-democratic-republic-congo-secretary>
 - 19 <https://www.hrw.org/fr/news/2020/07/30/rd-congo-kidnapping-et-violens-série-dans-le-parc-des-virunga>
 - 20 <https://blog.kivusecurity.org/how-the-coronavirus-risks-further-weakening-the-kivus/>

Abkürzungsverzeichnis

ADF	Forces Démocratiques Alliées
AU	Afrikanische Union
CNRD	Conseil National pour le Renouveau et la Démocratie
CODECO	Coopérative de Développement du Congo
DDR	Désarmement, Démobilisation et Réintégration
DR Kongo	Demokratische Republik Kongo
EU	Europäische Union
FARDC	Forces Armées de la République Démocratique du Congo
FDLR	Forces Démocratiques de Libération du Rwanda
FNL	Forces Nationales de Libération
FOREBU/FPB	Forces Républicaines du Burundi/Forces Populaires du Burundi
FRPI	Force de Résistance Patriotique d'Ituri
HRW	Human Rights Watch
La Lucha	La Lutte pour le Changement
MONUSCO	Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo
NDC/NDC-R	Nduma Défense du Congo/Nduma Défense du Congo-Rénové
NRO	Nichtregierungsorganisation
RED-Tabara	Résistance pour un État de Droit au Burundi
UNJHRO	Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen
VN	Vereinte Nationen

Impressum



ökumenisches
Netz Zentralafrika

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.

Mozartstraße 9

52064 Aachen

+49 241 442 0

info@misereor.de

www.misereor.de

Ökumenisches Netz Zentralafrika

Schöneberger Ufer 61

10785 Berlin

+49 30 48 62 570 0

office@oenz.de

www.oenz.de

Autor:innen:

Gesine Ames

Ronja Fink

Gestaltung:

Bertram Sturm

Bildnachweis (Foto):

© Espen Rasmussen /

VII/Redux/laif

Februar 2021

Das ÖNZ wird unterstützt von:

